

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870**

4.3.1870 (No. 54)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 4. März.

N. 54.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 fr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung vom 25. Februar d. J. allergnädigst geruht, den Gerichtsnotar Schwarz in Eberbach in gleicher Eigenschaft zum Amtsgericht Durlach zu versetzen; den Revisor Bertsch bei dem Bezirksamt Mannheim zum Gerichtsnotar bei dem Amtsgericht Eberbach, sowie den Disziplinar-Notar Karl Schulz in Offenburg zum Revisor bei dem Justizministerium zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Darmstadt, 3. März. Die Zweite Kammer hat nach zweistündiger Debatte mit allen gegen 10 Stimmen beschlossen, auf die abermalige Berathung des Kommunalanlage-Gesetzes einzugehen.

† Darmstadt, 3. März. Die Zweite Kammer beschloß, mit allen gegen 10 Stimmen, das halbe Einkommen-Steuerkapital zu den Gemeindefinanzen hinzuzuziehen, und beharrte auf der Verschmelzung der Umlagen 2. und 3. Klasse.

† Gelle, 3. März. Das zweitinstanzliche Urtheil in der Denkmals-Sache spricht das Garnisonkommando frei und bestätigt das Urtheil gegen das Generalkommando.

† Bremen, 3. März. Das Gerücht, der Dampfer „Smid“ sei mit 300 Auswanderern untergegangen, hat sich bis jetzt nicht bestätigt.

† Berlin, 3. März. Reichstag. Es wird eine Interpellation über das definitive Schicksal des Strafgesetzbuchs vorbereitet.

### Deutschland.

München, 2. März. (Frl. Ztg.) Graf Bray, der künftige Minister des Aeußern, wird nächsten Freitag aus Wien hier eintreffen. — Der Landtag ist nur bis 12. April verlängert worden. Man vermuthet deshalb, weil das Zollparlament auf den 20. April berufen werden soll.

Köln, 28. Febr. (A. Z.) Der Erzbischof von Köln hat telegraphisch den Weihbischof und Generalvikar hier angewiesen, seinen Klerus von der Theilnahme an Adressen in Sachen des Konzils abzumahnern und zu warnen. Gleichzeitig sollen die Predigten und Konferenzen, zumal von Ordensleuten, über das Thema der päpstlichen Unfehlbarkeit sofort aufhören.

Braunschweig, 2. März. Der Aufsichtsrath der braunschweigischen Bank hat die Dividende auf 7 1/2 Proz. festgesetzt.

Bremen, 2. März. Das amerikanische Schiff „Lelia MacLong“, Kapitän Lewis, von Neu-Orleans mit Baumwolle nach Bremen, ist in der Wesermündung gestrandet und wahrscheinlich verloren. Von der Ladung sind bereits 552 Ballen geborgen.

Sternberg, 2. März. Die Stände modifiziren die früher von ihnen gestellte Bedingung der Theilnahme der Seestädte an der Steuererhebung dahin, daß sie in die Ausführung der Steuerreform in soweit einwilligen, als dies unbeschadet der Rechte und Verträge der Seestädte möglich sei. Unter dieser Voraussetzung erklären sich die Stände bereit, Abgeordnete zu wählen. Die Fortsetzung der Verhandlung soll nach Schluß des Landtages und nach erfolgter Verstärkung des Ausschusses erfolgen.

Berlin, 2. März. Die „National-Ztg.“ theilt heute den Artikel der „Karlsruher Ztg.“ über die Reichstags-Debatten vom vorigen Donnerstag mit und bemerkt dazu u. A.:

Wir können dieser sehr gemessenen und feinen Erklärung nur unsere volle Anerkennung aussprechen. Sie sucht die Bedeutung der Kundgebung des Hrn. Bundeskanzlers nicht abzuschwächen, hält aber mit Entschiedenheit die nationale Politik aufrecht, deren Vorkämpfer Baden schon vor 1866 unter weit ungünstigeren Verhältnissen war. Seine Regierung fährt fort, den Eintritt in den Norddeutschen Bund zu erstreben, und sie betrachtet ihn nach wie vor mit Recht nur als eine Frage der Zeit.

† Berlin, 2. März. Gestern Abend fand zum Schluß der Karnevalsfestzeit bei J. J. W. dem König und der Königin im Weißen Saal des Schlosses ein glänzendes Ballfest statt. — In Folge der Beschränkung, bezw. Aufhebung der Portofreiheiten hat der Kultusminister durch ein an die Konsistorien gerichtete Zirkularverfügung den Geistlichen über die geschäftliche Behandlung der Postsendungen in Staatsdienstangelegenheiten neuerdings noch nähere Instruktionen ertheilt. Da die Portofreiheit für Militär- und Marinefachen im Norddeutschen Bunde fort-

besteht, so haben die Geistlichen z. B. etwaige Sendungen von Taufscheinen an die Aushebungsbehörden nicht zu frankiren, sondern mit dem Vornamen „militaria“ zu versehen.

Hiesige Blätter bezeichnen jetzt den Regierungspräsidenten v. Nordenflicht in Frankfurt a. O. als Kandidaten für das in Erledigung kommende Oberpräsidium der Provinz Westphalen. In Regierungskreisen wird dieser Angabe mit Bestimmtheit widersprochen.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. März. Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht heute nach erfolgter Zustimmung der beiden Häuser des Reichsraths den Wortlaut der neuen zwischen Großbritannien und der österreichisch-ungarischen Monarchie am 30. Dez. 1869 abgeschlossenen und seither in Wien ratifizirten Konvention, die an Stelle der im Art. V des Handelsvertrags vom 16. Dez. 1865 stipulirten Nachtragskonvention getreten. — Die gestern in Prag vorgenommene Bürgermeistervwahl war die sechste innerhalb weniger Monate. Es wurde der Stadtrath Franz Dittrich gewählt, der, weil er nicht zu den Declaranten gehört, Aussicht hat, die kaiserliche Bestätigung seiner Wahl zu erhalten. Hr. Dittrich, ein Herr von 65 Jahren, bekleidete in früheren Jahren die Stelle eines Bürgermeisters-Stellvertreters.

† Wien, 2. März. Der Bau von zwei gepanzerten Monitoren für die Donau, jedes Schiff mit zwei 24-pfündigen Hinterladern armirt, soll jetzt mit aller Beschleunigung betrieben werden, das eine Panzerschiff noch im Herbst, bevor die Schifffahrt aufhört, im Wasser sein, das zweite sofort nach Wiedereröffnung der Schifffahrt im Frühjahr.

### Rumänien.

\* Bukarest, 1. März. Die Abgeordnetenkammer genehmigte die Wahl des Fürsten Guza zum Deputirten des Distriktes Mehedinz. Fürst Guza wurde davon in Kenntniß gesetzt.

### Schweiz.

Bern, 27. Febr. (K. Ztg.) Von einigen Blättern wurde berichtet, die Regierung des Kantons Bern werde ihren dem Großen Rathe zu stellenden Antrag, betreffend die Subvention für das Gotthard-Unternehmen im Betrage von einer Million an gewisse Bedingungen knüpfen. Diese Nachricht ist irrig; der Regierungsrath will die Subvention vollständig bedingungslos bewilligt wissen, was auch der Große Rath unzweifelhaft beschließen wird. Demnach ist für die Ausführung und Unterzeichnung des Verpflichtungsformulars von dieser Seite kein Hinderniß zu erwarten. Ebenso hat auch der Landrath des Kantons Uri die vom Regierungsrath zum gleichen Zwecke beantragte eine Million Subvention ohne alle Bedingung genehmigt. — Die gestern nach Bern einberufene Generalversammlung der Aktionäre der Eidgenössischen Bank hat sämtliche Reorganisationsanträge des Verwaltungsraths und der Unterjudungskommission zum Beschluß erhoben. Nach demselben wird neben dem Verwaltungsrath noch eine engere Bankdirektion bestehen, deren Zustimmung der Generaldirektor für alle bedeutenderen Geschäfte einzuzuziehen hat. Der wichtigste Beschluß, betreffend die Deckung des Scharr'schen Defizits, lautet:

- Der Gewinnanteil an die Gründer fällt in Folge der geschätzten Abfertigung an Aktienkapital von Reichs wegen für so lange dahin, bis diese Abfertigung in Kapital, Zinsen und Folgen durch die Reinerträge des Jahresgewinnes wieder kompensirt sein wird.
- Die Bestimmungen über den Gewinnanteil an die Verwaltungsräthe wird aufgehoben. Es bleibt dem Ermessen der Generalversammlung vorbehalten, das System der Theilnahme am Gewinne für den Verwaltungsrath, die Direktion und die Angestellten einzuführen.

Laut Vernehmen ist J. Stämpfli, der seitherige Präsident des Bankinstituts, für den Posten des Generaldirektors bezeichnet, welchem die unmittelbare Leitung der Geschäfte der Bank obliegt.

Zürich, 1. März. (Bund.) Im Kantonsrath wurde über die Gotthard-Subvention von Oberst Scherer referirt, die Subvention empfehlend, unter ausführlicher Kritik der Sachlage, und eine Subvention auch für den Splügen vorbehaltend. Bleuler-Hausheer beantragt Ueberweisung an eine Kommission zur Berichterstattung in drei Wochen. Alfred Escher antwortet Scherer ausführlich. Die Subvention wird wahrscheinlich beschlossen werden.

### Italien.

Florenz, 27. Febr. Dem Vernehmen nach wird der Finanzminister Sella in der Kammer die Konvention in Betreff des Tabakmonopols, welche von seinem Vorgänger Cambry Digny abgeschlossen worden ist, angreifen. Gewisse Schwierigkeiten, welche zwischen der konzessionirten Gesellschaft und der italienischen Regierung entstanden sind, werden, wie man versichert, zu einem Bericht an die Kammer Veranlassung geben.

Aus Rom, 22. Febr., wird der „Augsb. Pstz.“ berichtet: Den Bischöfen wurde eine Uebersicht sämmtlicher

für das Konzil vorbereiteter Berathungsgegenstände zugestellt. „De infallibilitate Summi Pontificis“ findet sich darunter nichts. Ein betreffendes Schema hierüber folgt aber in allernächster Zukunft.

\* Rom, 27. Febr. Man schreibt der „Corresp. Havas“: Professor Friedrich ist der bayerischen Gesandtschaft zugetheilt worden, so daß er nicht allein in Rom verbleibt, sondern auch der diplomatischen Vorrechte genießt. Der Papst hat dem Kardinal Hohenlohe den Spezialbefehl zugehen lassen, seinem theologischen Beirath durchaus nichts von dem mitzutheilen, was mit dem Konzil irgend in Zusammenhang steht. Die Väter des Konzils klagen mehr als je über die kunstliche Mangelhaftigkeit des jetzigen Sitzungssaales. Des Papstes Meinung ist, daß man sich, da die Architekten Alles gethan haben, um diesen Uebelstand abzuheben, darin ergeben müsse, die Neben, die gehalten werden, nicht zu versehen. — Mißgestimmt und ermüdet, haben viele Bischöfe das heranabende Osterfest und die Epoche der Priesterordinationen zum Vorwand genommen, um Urlaub zu verlangen; er ist ihnen aber verweigert worden. Der Papst hält dafür, daß ein Bischof in jedem erzbischöflichen Sprengel ausreicht, um den Kandidaten von 3 oder 4 Diözesen die Priesterweihe zu erteilen. Da viele französische und fast alle deutsche Prälaten ihren Kapiteln ihre baldige Rückkehr angezeigt haben, so würde es nicht wundern, wenn der Mißmuth bei einer sehr großen Anzahl über den passiven Gehorsam den Sieg davontrüge.

### Frankreich.

Paris, 1. März. (Köln. Ztg.) Hr. Olivier beabsichtigt eine große extraparlamentarische Kommission einzuberufen, deren Vorsitz er selbst zu übernehmen gedenkt, und die sich mit allen den Angelegenheiten, welche man gewöhnlich als die große soziale Frage zusammenfassend zu bezeichnen pflegt, von Grund aus beschäftigen soll. Diese Kommission würde nicht nur von den bedeutendsten Volkswirtschaftlern aller Schattirungen gebildet werden, sondern man möchte auch Bedacht darauf nehmen, in ihr Arbeiter aus allen Gewerbs- und Industriezweigen, und natürlich auch Meister und Fabrikanten der verschiedensten Branchen zu vereinigen. Auf diese Weise soll versucht werden, den mannichfachen Klagen und Beschwerden, die aus den arbeitenden Klassen laut werden, zunächst eine wirklich praktische Form und demnächst geeignete Abhilfe zu verschaffen. Die Lohnfrage, diejenige der Arbeitszeit, der Arbeitseinteilungen, die Regelung streitiger Dinge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, alle diese hochwichtigen Materien sollen in den Bereich der Studien dieser Kommission gezogen werden, deren Inspektoren natürlich, wie man sich denken kann, namentlich auch Napoleon III. sehr am Herzen liegt, da der Kaiser ja sein Leben lang mit besonderer Vorliebe allen Forderungen des praktischen Sozialismus hingegeben ist. Auch Olivier, der hoffnungsfreudiger und zuversichtlicher denn je in die Zukunft blickt, erwartet Vieles von diesem Projekt, das vielleicht noch eine erweiterte Gestalt annehmen kann, dessen Grundlinien aber, so wie sie hier angegeben, jedenfalls die leitenden bleiben werden, sobald die Kommission erst vor die Öffentlichkeit tritt.

Der Herzog Albrecht befindet sich heute in Compiegne. Er hoffte, er werde aber wieder zeitig genug in Paris zurück sein, um der Theatervorstellung, welche heute der kaiserliche Prinz und seine Spielgenossen in den Tuilerien auführen, anzuwohnen zu können. Der Kaiser und die Kaiserin verbrachten den Abend des gefrigen Faschingsnachts im Theater des Palais Royal. Ueber 200 offizielle und geheime Agenten waren um das Theater herum aufgestellt. — Bei einem Diner, welches die ehemaligen Jünglinge der Polytechnischen Schule gestern zu Ehren des Ministers des Innern, des Hrn. Chevandier de Baldrone, gaben, hielt dieser eine längere Rede, worin derselbe die Politik nur insofern berührte, als er versicherte, daß unter den Ministern vollständige Einheit herrsche. — Hr. Brown, der englische Sekretär der chinesischen Gesandtschaft, welche sich gegenwärtig in St. Petersburg aufhält, ist an Burlingame's Stelle zum Chef derselben ernannt worden. Hr. Brown befand sich in der letzten Zeit in Peking, ist aber gegenwärtig auf der Rückreise nach Europa begriffen. — Dumon, Finanzminister unter Louis Philippe, als Guizot Ministerpräsident war, ist im Alter von 77 Jahren gestorben.

\* Paris, 2. März. Der Herzog von Gramont, Vertreter Frankreichs in Wien, wird hier erwartet. — Die Kommission, welche damit beauftragt ist, die von Hrn. Mirés vor den Senat gebrachte Beschwerde gegen den Senator-Sekretär Hrn. Chair-d'Est-Ange zu prüfen, hat sich heute Nachmittag um 2 Uhr versammelt. Wie es heißt, wird sie nach Anhörung der Beschwerde des Hrn. Mirés die Erklärung des Hrn. Chair-d'Est-Ange vernehmen.

Die „Opinion nationale“ kündigt an, daß Hr. Gambetta heute nach Amélie-les-Bains abreisen wird, um zu versuchen, dort seine Gesundheit wieder herzustellen. Seine Freunde glauben nicht, daß er vor Mitte April wieder nach Paris zurückkehren wird. Hr. Ledru-Rollin wird in Nizza erwartet, wo er eine Wohnung bestellen ließ. Der „Opin. nation.“ zufolge wäre es jetzt sicher, daß

weder Hr. Daru noch Hr. E. Olivier vom Kaiser Be-  
glückwünschungsschreiben erhalten haben. — Rente 74 45,  
Cred. mob. 237.50, ital. Anl. 56.65.

Paris, 2. März. Neuesten Nachrichten vom Sene-  
gal zufolge schlugen 500 Franzosen 2000 Infurgenten in  
die Flucht.

### Spanien.

Madrid, 26. Febr. Die Cortes beschäftigen sich noch  
mit der Angelegenheit des Kardinal-Erzbischofs von San-  
tiago, Miguel Garcia Cuesta. Derselbe hatte im vor-  
igen Jahre, als der Justiz- und Kultusminister die Bischöfe  
aufforderte, ihre Diözesen Angehörigen des damaligen Kar-  
listenaufstandes an den Landesgesetzen schuldigen Gehor-  
sam zu mahnen, der Regierung eine ablehnende Antwort  
gegeben und soll deshalb vor Gericht gezogen werden. Da  
er Abgeordneter ist, so war die Ermächtigung der Cortes  
zu diesem Schritte einzuholen. Cisneros stellte hierbei den  
Gegenantrag, die Ermächtigung nicht zu gewähren; nach  
langer Erörterung aber verwarfen die Cortes denselben mit  
98 gegen 59 Stimmen, und die Verhandlung über den  
ursprünglichen Antrag wird fortgesetzt. Unter der Minder-  
heit befand sich neben vielen Ultramontanen auch eine Zahl  
hervorragender Republikaner, als deren Gründe Castelar an  
erster Stelle die Unverletzlichkeit der Abgeordneten und an  
zweiter die von ihnen verkündete Unabhängigkeit der Kirche  
anführte. Wahrscheinlich wird die Ermächtigung erteilt  
werden, indem der betreffende Ausschuss sich dafür erklärt  
hat. Inzwischen schwebt noch eine andere geistliche Sache.  
Der Bischof von Burgo de Osma in der Provinz Soria  
ist unter polizeilicher Bewachung nach Madrid abgeführt  
worden, weil er die jetzige Regierung nicht anerkennen will.  
Vor einigen Tagen begab sich ein Richter zu ihm, um ein  
Verhör vorzunehmen; der Bischof aber jagte ihn unter Ver-  
wünschungen gegen die Minister, die Cortes und die Re-  
volutionäre zum Hause hinaus. Dies die Ursache seiner  
Verhaftung.

Madrid, 1. März. Sieben Räuber ohne irgend  
welche politische Fahne haben zwei Grundbesitzer in der  
Umgegend von Toledo ansgelplündert. Aber die karli-  
stische Bande, von der ein Blatt von Paris gesprochen  
hat, ist nirgendwo gesehen worden. — Marschall Prim  
jagt mit Hrn. Silvela in den Bergen von Toledo.

### Großbritannien.

London, 1. März. Sitzung des Unterhauses  
vom 28. Febr.

Auf eine Anfrage von Lord John Manners, ob die Regierung  
Maßregeln zum besten Schutze von Leben und Eigentum in Ir-  
land einzuführen beabsichtige, erwiderte Mr. Gladstone, daß  
schon die Thronrede Andeutungen über diesen Punkt enthalten habe,  
und daß die Regierung eben jetzt gewisse Änderungen des irischen Ge-  
setzes (somit nicht eine zeitweilige Einstellung der Habeas-Corpus-Akte)  
in Erörterung gezogen habe. Das Ergebnis derselben hoffe er binnen  
einer Woche mitteilen zu können. (Hört.)

Eine andere, durch Mr. Somerset Beaumont gestellte Inter-  
pellation: ob die Regierung einverstanden sei mit der Aeußerung des  
Schachkanzlers, „daß er keine Vorleser für Handelsverträge  
und deren Abschließung bestimme“, beantwortet Gladstone im Wesent-  
lichen folgender Weise: Der Fragesteller scheine die Aeußerung des  
Schachkanzlers gar zu hochschätzend genommen zu haben. Selbst Cobden  
habe im Jahre 1861 gesagt: „Ich sehe mit Befriedigung, daß das Haus  
sich nicht zu einer Gutbeißung des Handelsvertrags-Prinzipes verstan-  
den hat.“ Und zwar sagte er dies ein halbes Jahr nachdem er selbst  
den Vertrag mit Frankreich zum Abschluß gebracht hatte. Damit ist  
obige Frage, glaube ich, genugsam beantwortet. Einen besseren Beweis  
aber, daß wir nicht gegen jedweden Handelsvertrag gesinnt sind, wer-  
den wir dadurch liefern, daß wir morgen den mit Oesterreich abge-  
schlossenen vorlegen werden, für den das Gesamtministerium, folglich  
auch der Schachkanzler, verantwortlich ist. Kraft dieses österreichischen  
Vertrages verzichten wir auf die Einfuhrzölle für Getreide und Bauholz,  
deren wir uns gern aus andern Gründen entledigt hätten, und somit  
ist das Feld, auf dem wir künftig Handelsverträge abschließen könnten,  
für uns ein äußerst beschränktes geworden, insofern als wir die übrig  
gebliebenen Einnahmequellen behufs Abschlußes weiterer Verträge nicht  
offen könnten, ohne unsere finanzielle Lage zu gefährden. (Hört.)

Nach Erledigung mehrerer anderer, minder wichtiger Interpellationen  
beantragt der Flottenminister Hr. Childers in einer drei-  
stündigen Rede das Flottenbudget. Die Totalsumme desselben  
veranschlagt er auf 9 1/2 Mill. Pfd. St., somit um 1/2 Mill. niedriger  
als die des laufenden Jahres. Durch Verminderung des Flottenstan-  
des um 2000 Matrosen und Schiffsjungen erzielt er ein Ersparnis  
von 100,000 Pfd. St., außerdem im Monturdepartement ein Erspar-  
nis von 205,000 Pfd. St. Im Bereiche der Magazine erübrigt er  
47,000 Pfd. St., in den Werften 300,000 Pfd. St., im Transport-  
dienst 57,000 Pfd. St. und in den Bureaus 10,000 Pfd. St. Wo-  
gegen für Ausbesserung der Werften um den nichteffektiven Dienst  
(Ruhegehälter u. dgl.) um 189,000 Pfd. St. mehr anzusetzen seien.  
Nachdem er die Einzelheiten der neuen Einrichtungen und die  
Gründe für jede derselben ausführlich auseinandergesetzt, beweist er  
mit Zahlen, daß, trotz der beantragten Ersparnisse, die Wirksamkeit  
der Flotte nicht nur nicht beeinträchtigt werden, sondern einen höheren  
Grad erreichen werde — jetzt schon erreicht habe — als zu irgend  
einer früheren Zeit. Wenn die jetzt im Bau begriffenen Kriegsschiffe  
vollendet sein werden, werde England, abgesehen von ungepanzerten  
Fregatten, 31 gepanzerte Kreuzfahrtschiffe und 9 Duroschiffe besitzen,  
somit eine bei weitem stärkere Panzerflotte als Frankreich oder Ame-  
rika. Eingehenden Berechnungen zufolge sollte England hinfert jähr-  
lich in Friedenszeiten über 12000 Tonnen gepanzertes und 7500 Tonnen  
ungepanzertes Schiffe bauen, davon 4000 auf Privatbau, den Rest auf Regie-  
rungsbau. Zu deren Herstellung würden 6000 Arbeiter und 2 1/2  
Mill. Pfd. St. erforderlich sein, und das wäre hinreichend in gewöhn-  
lichen Zeiten. Für das nächste Verwaltungsjahr lege es im Plane der  
Regierung, 12 neue Schiffe in Angriff zu nehmen, und zwar meist  
solche, welche Schnelligkeit mit großer Widerstandskraft verbinden.  
Ferner wolle die Regierung, Lebningshalber, auch in diesem Jahre  
ein fliegendes Geschwader in See gehen lassen und außerdem die  
Hälfte der Küstenwachschiffe auf eine Übungsfahrt schicken, damit  
durch sie ein zweites tüchtiges Kanalgewader herangebildet werde,

— Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärt der Minister, wie er die  
Reserve auf die Höhe von 97,000 Matrosen und Seefolbaten zu brin-  
gen beabsichtige, und schließlich legt er dem Hause sein neues Pen-  
sionsystem auseinander.

### Amerika.

\* Washington, 1. März. Die öffentliche Schuld in  
den Vereinigten Staaten beläuft sich heute auf zwei Mil-  
liarden 651 1/2 Millionen. Was eine Verminderung von  
6 1/2 Millionen gegen den letzten Monat ausmacht. Der  
Staatschatz enthält in diesem Augenblicke 102 1/2 Millionen  
in baarem Gelde und 10 1/4 Millionen in Papiergeld.

\* Ein Kablelegramm des amerikanischen Korrespon-  
denten der „Ball Mall Gaz.“ berichtet ausführlich über  
die wichtige Erklärung des Präsidenten hinsichtlich der  
Unionsfinanzen. Der Vorsitzende des Ausschusses  
für Ausgabenbewilligungen im Repräsentantenhause Hr.  
Dawie theilte einer Versammlung in New Hampshire im  
Auftrag Grant's mit, daß die bisherigen Schritte der Re-  
gierung behufs ehrlcher Erhebung und Verausgabung der  
Staatsentnahmen nur als ein Ausdruck der ersten Ab-  
sichten des Kabinetts in dieser Richtung anzusehen seien.  
Jeder Dollar überflüssiger Ausgaben werde unbedenklich  
gestrichen werden. Diese Erklärung fand günstige Auf-  
nahme. In Verbindung mit der Bestimmung des höchsten  
Gerichtshofes, daß die Akte über das Papiergeld keine rück-  
wirkende Gewalt haben solle, und mit der Verwerfung der  
Vorlage zur Vermehrung des im Umlauf befindlichen Pa-  
piers im Senat hat dieselbe allgemein die Erwartung her-  
vorgehoben, daß in nicht ferner Zeit die Baarzahlungen  
wieder aufgenommen werden dürften, und die Wirkung auf  
den Geldmarkt war auch dem entsprechend.

### Badischer Landtag.

11 Karlsruhe, 3. März. 66. öffentliche Sitzung der  
Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des zweiten Vize-  
präsidenten Ehard.

Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Jolly. Mini-  
sterialrath A. Eisenlohr.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigte das Sekretariat  
Petitionen verschiedener Gemeinden, die Aufhebung der  
Flußbaubehörden und den Schutz der Weinproduzenten gegen  
die Weinfabrikation betr., an.

Der Tagesordnung gemäß wird zur mündlichen Erst-  
attung und Berathung des Berichts des Abg. Kirsner  
über den Gesetzentwurf, die Wahlbezirke für die Wahlen  
zur Zweiten Kammer betr., übergegangen.

Der Berichterstatter Abg. Kirsner trägt den Bericht  
vor. Der Gesetzentwurf sei durch einen in der Sitzung  
vom 11. Jan. d. J. von diesem Hause zu Protokoll ge-  
äußerten Wunsch veranlaßt; dabei habe das Haus die  
Ansicht gehabt, daß die Neuordnung der Wahlbezirke  
nicht auf der Grundlage der arithmetischen Einwohnerzahl  
geschehen, sondern daß derselben wie bisher zu Grunde ge-  
legt würde die Rücksicht auf politische Bedeutung, die Ein-  
wohnerzahl und die Steuerkraft der einzelnen Bezirke, daß  
die größten Städte also besonderes Wahlrecht behielten.  
Bei den Landbezirken seien außerdem noch die geographische  
Lage und die Ähnlichkeit des Gewerbebetriebes in Betracht  
zu ziehen. Alle Wünsche der Bezirke und der Volksvertre-  
ter könnten natürlich bei Eintheilung der Wahlbezirke nicht  
berücksichtigt werden; doch scheine ihm die Regierungsvor-  
lage den möglichst billigen Ausgleich der verschiedenen In-  
teressen bewirkt zu haben.

Die Regierung habe den Unterschied zwischen Stadt-  
und Land-Wahlbezirken beibehalten, doch seien es jetzt nur  
noch 13 Städte-Wahlbezirke, da Ueberlingen und Wertheim  
als selbständige Wahlbezirke nicht belassen, dagegen Börtach  
zum Stadt-Wahlbezirk erhoben wurde. Die Land-Wahlbe-  
zirke (43 statt wie früher 41) seien der Einwohnerzahl  
nach gleichmäßig gemacht worden. Der größte derselben  
umfasse jetzt 34,888 Einwohner (Ueberlingen-Pfullendorf),  
während früher 50,879 Einw., der kleinste jetzt 24,679  
Einw., während früher 17,566. Zwischen 25,000 und  
30,000 Einw. umfassen 31 Landbezirke, zwischen 30,000  
und 34,000 Einw. 12 derselben.

Redner geht sodann zur eingehenderen Betrachtung der  
Zusammensetzung der einzelnen Wahlbezirke über und  
schließt mit einem kurzen Hinblick auf die 2 Paragraphen  
des Gesetzes, welche er nebst Beilage unverändert anzuneh-  
men beantragt.

Die allgemeine Diskussion wird hierauf eröffnet.

Abg. Baumstark beklagt, daß diese Vorlage die erste  
Zielscheibe bei dem parlamentarischen Schnellfeuer sei. Ihm  
scheine es nicht anzugehen, diesen Gesetzentwurf ohne ge-  
naueres statistisches Material zu prüfen. Er selbst habe das-  
selbe nicht, weshalb er nur einzelne Punkte hervorheben  
könne. Vor Allem scheine ihm unbegründet das Privi-  
legium der Städte. Das Großherzogthum sei ein Agri-  
kulturland und weise keine großen Städte auf. In den  
sog. Städten herrsche weder so große Intelligenz noch auch  
so rege Industrie, daß sie in einem so exorbitant bevor-  
zugten Maße vertreten sein sollten: jetzt haben dreimal  
so viel Landbewohner dasselbe Wahlrecht wie die einfache  
Zahl der Städte. Zudem sei das Prinzip auch insofern  
ungerecht, als das Land zum Theil in die Städte wan-  
dere und umgekehrt. Doch sei er der Vertretung der  
Städte darum nicht ganz abgeneigt; sie könnten diese in  
der Ersten Kammer finden; auch dürfte Mannheim und  
Karlsruhe das Recht, 2 Abgeordnete zu wählen, noch wei-  
ter üben. Endlich sei die Grenze zwischen der kleinsten  
Stadt und dem Landbezirk gar nicht zu finden.

Abg. Köpfer glaubt, daß mit Nothwendigkeit das  
allgemeine Stimmrecht und damit die gleiche Eintheilung  
der Wahlbezirke kommen werde. Der heute vorgelegte Ent-  
wurf entspreche diesen Grundsätzen nicht, sondern baue auf  
der bisher geltenden Basis fort. Man könne aber die wich-  
tige Frage dieser Reform nicht so leicht hin entscheiden, ohne

das Material über die Verhältnisse der Wahlbezirke einer  
eingehenden Prüfung zu unterziehen; denn sowohl bezüg-  
lich der Bevölkerung als der Steuerkapitalien seien keine  
genauere, der Beurtheilung zu Grunde zu liegende That-  
sachen an die Hand gegeben. Endlich sei die Bevorzugung  
der Städte thatsächlich nicht mehr gegründet. Zur Be-  
gründung seiner Ausführungen beruft sich Redner öfters  
auf die Schrift von Rebenius über die Wahlordnung von  
1842, erklärt, daß er keinen Gegenvorschlag machen könne,  
und beantragt, den Entwurf an eine Kommission zurück-  
zuweisen.

Staatsminister Dr. Jolly: Die Vorredner hätten haupt-  
sächlich zwei Einwendungen gegen den Entwurf erhoben,  
einmal den materiellen Einwand, daß die Bevorzugung der  
Städte darin beibehalten sei. Das Haus habe aber selbst  
früher sich für Beibehaltung besonderer Städte-Wahlbezirke  
ganz entschieden erklärt. Derselbe sei auch innerlich ganz  
gerechtfertigt, weil sie sich dem bisher Bestehenden anschlie-  
ßen und weil sie in dem ganz verschiedenen Charakter der  
städtischen Bevölkerung eine rationelle Begründung habe.  
Wenn man diese besondere Städte-Wahlbezirke beseitigte,  
so würde, ausgenommen in den 4 größten Städten, über-  
all die Landbevölkerung die städtische überstimmen. Der  
zweite, mehr formelle Einwand gehe dahin, daß bei den  
Aemter-Wahlbezirken nicht das genügende Material zur sta-  
tistischen Beurtheilung der lokalen Verhältnisse dem Hause  
unterbreitet worden sei; dem sei aber nicht so, das Mate-  
rial liege vollkommen offen dar. Das erste Prinzip der  
Regierung sei gewesen, Wahlkreise von möglichst gleich-  
mäßiger Bevölkerungszahl zu schaffen; zur Beurtheilung  
dieser Frage finde sich aber das statistische Material in je-  
dem Hof- und Staatshandbuch. Die zweite ehemals geltend  
gemachte Rücksicht auf das Steuerkapital sei in diesem Ent-  
wurf nicht mehr so sehr beobachtet worden, weil sie die Be-  
folgung ersterer Rücksicht geradezu durchkreuze; es sei also  
auch darüber weiteres Material zu beschaffen unnötig ge-  
wesen. Nur eine beiläufige Rücksicht sei zuweilen bei ganz  
großen oder den kleinsten Bezirken auf das Steuerkapital  
genommen worden, obgleich auch hier die geographische Lage  
(wie bei Ueberlingen) noch mehr in Betracht gekommen sei.  
Eine ganz wichtige Rücksicht sei ferner die gewesen, die  
Wahlbezirke möglichst mit den Amtsbezirken zusammenzu-  
legen; das liege nicht bloß im Interesse der administrativen  
Bequemlichkeit, sondern in dem der Einwohner selbst. Die  
Nothwendigkeit aber, die Amtsbezirke manchmal dennoch zu thei-  
len, ergebe sich aus dem ganz bekannten statistischen Mate-  
rial selbst, da eben eine Anzahl Amtsbezirke die zum Wahl-  
kreis ausreichende Einwohnerzahl nicht besitzen. Die geo-  
graphische Lage endlich, welche noch in Betracht kam, sei  
sehr leicht aus jeder Karte zu entnehmen. So sei das Mate-  
rial bezüglich aller in Erwägung gekommener Gesicht-  
punkte ganz leicht zu beschaffen; ebenso ergebe sich der Ueber-  
blick über die Gesamtänderung ganz mühelos. Unter die-  
sen Verhältnissen könne die beantragte Zurückweisung an  
eine Kommission keine erstrebenswerteren Ergebnisse bringen.

Abg. Kiefer: Auch wenn eine Kommission mit dem  
reichsten statistischen Material sich der Mühe der Begutach-  
tung des Entwurfs hingabe, so würde die Arbeit doch den  
Mitgliedern des Hauses eine fremde und der Nutzen für die  
Berathung ein geringer sein. Die Grundzüge dieses Ent-  
wurfs liegen klar vor Augen. Er lasse den überwiegenden  
Theil der Abgeordneten durch das Land wählen, was der  
Natur unseres Landes ganz entspreche. Inbessenen übersehe  
derselbe auch nicht die Wichtigkeit der in den Städten auf-  
blühenden Industrie, er mache es diesen sich aufringenden  
Interessen möglich, sich Lust zu schaffen. Darum gebe der  
Entwurf mit Recht Städten wie Offenburg, Börtach, welche  
industrielle Zukunft versprechen, ein Wahlrecht. Eine In-  
teressenvertretung werde damit nicht erstrebt, und sei bis  
jetzt auch in dem andern Hause noch nicht gegeben, welches  
dem Hauptinhalt nach auf traditionellen historischen Gegeben-  
heiten, nicht auf gegenwärtigen Volksinteressen ruhe. Ueber-  
haupt sei für unsere Volksvertretung jene ins ständische  
System zurückblickende Art der Interessen-Repräsentation  
nicht angemessen. Der jetzige Entwurf gebe nur den Er-  
werbsoffenshaften der städtischen Kreise ein Recht, die  
wirthschaftliche Entwicklung und den eigenthümlichen Cha-  
rakter ihrer Lebensweise in der Repräsentation berücksichtigt  
zu sehen. Ferner sei derselbe auch insofern ganz zweckmä-  
sig, als er die Amtsbezirke, welche Mittelpunkte im wirth-  
schaftlichen Leben und in der naturgemäßen Anschauung  
des Volkes zu werden beginnen, zur Grundlage bei Bildung  
der Wahlbezirke mache. So seien die Grundzüge dieses  
Entwurfs zweckmäßig, sie verletzen Niemandes Recht und  
berücksichtigen so weit als möglich die konkreten Wünsche.

Abg. Lindau wünscht, daß dem Gesetzentwurf statisti-  
sches Material beigegeben worden wäre, insbesondere auch  
in Bezug auf die konfessionellen Verhältnisse. Redner tabelt,  
daß manche Kreise (Baden und Waldshut) durch Wahlbe-  
zirke auseinandergerissen würden, daß der Unterschied von  
Stadt und Land erhalten bleibe, daß die konfessionelle Un-  
gerechtigkeit auch nach dem Entwurfe nicht beseitigt werde.  
Redner führt aus, daß die Protestanten fast in 30 Wahl-  
bezirken die Majorität hätten, und nennt Wahlbezirke, in  
welchen dies der Fall sei; so sei im Landamt Lahr durch  
Zutheilung der Gemeinde Altemheim eine protestantische Ma-  
jorität geschaffen worden. Gerade die oppositionellen Wahl-  
bezirke seien am meisten zerissen. Zur Erwägung dieser  
Mißstände sollte eine Kommission eingesetzt werden.

Staatsminister Dr. Jolly weist durch Aufzählung der  
bisherigen kleinsten Wahlbezirke und ihrer konfessionellen  
Zusammensetzung nach, daß bei der bisherigen Wahl-  
theilung eine Benachtheiligung der Katholiken nicht stattge-  
funden habe, denn gerade unter den 7 kleinsten Wahlbezir-  
ken seien 5 rein katholische. — Gegen den Vorwurf des  
Vorredners, daß die Kreiseintheilung durch Wahlbezirke zer-  
rissen werde, macht Redner geltend, daß für die Wahlen  
die Kreiseintheilung ganz und gar irrelevant sei, da ja  
doch der Kreis in verschiedene Wahlbezirke ohne innern Zu-

sammenhang zerfalle. Daß zu Jahr noch Altenheim gezogen wurde, komme daher, weil der Bezirk an sich nur 23,000 Einwohner, also zu wenig hatte, und Altenheim der natürlichen Lage nach am besten zur Ergänzung paßte; überdies habe ja Jahr bisher nicht im Sinne des Abg. Lindau gewählt, da Abg. Kiefer dort ernannt sei. Redner verwahrt sich dagegen, daß die Regierung beim jetzigen Entwurf irgendwie nach konfessionellen Rücksichten verfahren sei; die kleinsten, also am meisten begünstigten Bezirke seien ja katholisch: so Donauessingen und Offenburg Land.

Abg. v. Feder glaubt, daß nur 2 Wahlbezirke durch den Regierungsentwurf leiden: Ueberlingen und Wertheim, welchen der Charakter als Stadt-Wahlbezirk genommen werde. Er sei aber deshalb mit dem Entwurf nicht einverstanden, weil er es noch nicht für zeitgemäß halte, an der bisherigen Eintheilung der Wahlbezirke zu rütteln, da die doch bald erfolgende Einführung des direkten Wahlrechts wieder diese Anordnung umstoßen werde und da jetzt schon so verschiedene, sich durchkreuzende Systeme der Wahlbezirke bei uns beständen. — Redner wendet sich sodann gegen die hier erneute Anerkennung der Bevorzugung der Städte; die großen Städte würden ihren Einfluß von selbst geltend machen; Karlsruhe habe ja 17, Mannheim 7, Heidelberg 4, Offenburg 3 Einwohner als Vertreter in diesem Hause. Ueberdies würden diese städtischen Vertreter nicht durch die Gemeindebehörde, ja nicht einmal durch die Städtebürger gewählt, so daß es gar keine eigentliche Städtevertretung sei. — Der Entwurf entbehre folgerichtiger Prinzipien und erzeuge alte Ungerechtigkeiten durch neue; Verschiebung der Reform sei darum räthlicher.

Abg. Lamey: Wenn diese Reform der Wahlbezirke sich im Geiste der bestehenden Verfassung entwickeln sollte, müssen die besondern Städte-Wahlbezirke und deren Vorzug bestehen bleiben. Auch könne über die Frage, ob die Reform an der Zeit sei, eigentlich kein Streit herrschen, nachdem das Haus selbst vorher so lange und so oft die Reform der Wahlbezirke verlangt habe. Abg. v. Feder wünschte eine Wahlbezirkseintheilung, bei welcher einfach die Bevölkerung mathematisch in eine Anzahl gleicher Abtheilungen zerlegt werde; dann müßte aber bei jeder Verschiebung der Bevölkerungszahl eine Aenderung der Wahlbezirke folgerichtig stattfinden. — Das ergebe sich aus unbefangener Betrachtung und werde eigentlich auch von den Gegnern anerkannt, daß der Entwurf eine Verbesserung sei; derselbe schließe sich statt an das Historische der alten Zeit an das jetzt bestehende Historische an: an die Eintheilung der Amtsbezirke. Den an dieser gemachten Korrekturen, welche nur den Bedürfnissen entsprechen, könne Niemand den Vorwurf der Nebenbändigung machen; überhaupt lasse sich nach einer bestimmten Tendenz keine Wahlbezirkseintheilung schaffen, da die politischen Ereignisse, die konkreten Bedürfnisse jederzeit die Interessen in diesen Bezirken verschieben, da jede Wahlbezirkseintheilung ein zweischneidiges Schwert bleibe. Redner glaubt, daß, da der Entwurf den billigen Wünschen entspreche, man keine Aenderungen daran machen sollte.

Abg. Koppert verteidigt den von ihm gestellten Antrag nochmals in längerem Vortrage. Nach kurzer Erwidernng des Abg. Kiefer wird vom Staatsminister Dr. Jolly konstatiert, daß keine Thatsachen, welche die Benachteiligung der Katholiken beweisen, von den Rednern der gegnerischen Seite nachgewiesen worden seien.

Abg. Lindau: Er werde die Nachweisungen in der Presse von sich geben. Der Berichterstatter Abg. Kirsner befürwortete unter Hinblick auf das Resultat der Verhandlung und Widerlegung der erhobenen Einwände die Annahme des Entwurfs; die eingehendere Beschäftigung mit dem statistischen Material, welcher er sich in dieser Zeit gewidmet habe, habe ihm die Ueberzeugung gegeben, daß auch den dadurch gewonnenen Resultaten die neue Eintheilung in billiger Weise entspreche.

Der Antrag des Abg. Koppert wird hierauf abgelehnt. Zur Spezialberatung übergehend, wird vom Abg. Poppen bei der Beratung des § 1 bei Gelegenheit der Aufhebung des besondern Wahlbezirks der Stadt Ueberlingen hervorgehoben, daß zwar in Ueberlingen hierüber ein schmerzliches Bedauern, aber zugleich die gesunde Einsicht in die Nothwendigkeit der Aufhebung des bisherigen Vorrechts herrsche. Redner spricht zugleich den Wunsch aus, daß Ueberlingen Wahlort bleibe.

Staatsminister Dr. Jolly: Die Wahlorte würden nicht in der Vorlage aufgeführt; doch werde wohl Ueberlingen Wahlort bleiben.

Abg. v. Feder macht das Gleiche für Wertheim geltend. Zu 14, Willingen-Neustadt, bemerkt Abg. Hebling: Neustadt und Willingen gehören naturgemäß nicht zusammen, während Donauessingen und Willingen sehr nahe lägen und die Wahlmänner dieses ganzen Bezirks an einem Tag an den Wahlort kommen könnten. Redner erklärt, daß er, wenn noch andere Anträge gestellt würden, den Antrag auf Zusammenlegung von Willingen und Donauessingen stellen werde.

Staatsminister Dr. Jolly: Die Wahlorte würden nicht in der Vorlage aufgeführt; doch werde wohl Ueberlingen Wahlort bleiben.

Abg. v. Feder macht das Gleiche für Wertheim geltend. Zu 14, Willingen-Neustadt, bemerkt Abg. Hebling: Neustadt und Willingen gehören naturgemäß nicht zusammen, während Donauessingen und Willingen sehr nahe lägen und die Wahlmänner dieses ganzen Bezirks an einem Tag an den Wahlort kommen könnten. Redner erklärt, daß er, wenn noch andere Anträge gestellt würden, den Antrag auf Zusammenlegung von Willingen und Donauessingen stellen werde.

Der Berichterstatter Abg. Kirsner: Den Städten Donauessingen und Willingen werde es nicht erwünscht sein, wenn sie zusammengeworfen würden, jede dieser historisch bedeutsamen Städte wolle einen besondern Bezirk haben. Abg. Tritschler schließt sich den Aeußerungen des Abg. Hebling an und erklärt, daß auch er einen weitem eventuellen Antrag auf dem Herzen habe.

Staatsminister Dr. Jolly: Wenn einer dieser Anträge angenommen würde, so würde dadurch die Eintheilung aller anderen Bezirke beeinflusst; Redner bittet, es beim eventuellen Antrag zu belassen.

Bei 16, Breisach, behält sich Abg. v. Rotte ebenfalls einen eventuellen Antrag vor.

Bei 20, Renzingen-Ettenheim, bittet Abg. Richter, Ettenheim zum Wahlort zu machen.

Bei 22, Jahr, anerkennt Abg. Urban die Rührigkeit

und den Gewerbfleiß der Stadt Jahr, zugleich aber auch, daß das Wegfallen eines Abgeordneten in den Verhältnissen seine Berechtigung habe.

Zu 44, Schwellingen, wünscht Abg. Schmezer, daß dieser Bezirk Schwellingen-Ladenburg genannt würde. Staatsminister Dr. Jolly: Dies seien überhaupt keine offiziellen Namen.

Zu 54, Wallbörn-Wertheim, bekämpft Abg. Lindau die Verlegung des Wahlorts nach Wertheim, welche von Abg. v. Feder gewünscht wird.

Die bloß eventuell gestellten Anträge werden nicht berücksichtigt und § 1 angenommen.

Zu § 2 fragt Abg. Lender an, ob ein Bezirksamtmann u. dgl., der nicht dem fraglichen Amtsbezirk, welcher die Grundlage des Wahlbezirks sei, aber Gemeinden, die diesem zugeschlagen werden, vorgelegt sei, nach § 37 der Verfassung gewählt werden dürfe.

Staatsminister Dr. Jolly: An dem bisherigen Recht sei nichts geändert; dies komme auch jetzt noch in Anwendung; die Zerreißung des Amtsbezirks in verschiedene Theile werde ja zudem durch diesen Entwurf möglichst beseitigt.

Abg. Lamey: Der Pfarrer und Bezirksbeamte könne, da die Wahlhandlung eine einheitliche sei, in dem Wahlbezirk nicht gewählt werden, worin er in irgend einer Gemeinde eine solche Amtsstellung habe.

§ 2 wird angenommen, die Diskussion geschlossen und bei namentlicher Abstimmung das Gesetz in erster Lesung mit allen gegen 4 Stimmen bei der Anwesenheit von 50 Abgeordneten angenommen.

Die Petitionsberichte werden auf die nächste Tagesordnung verschoben und nach einigen geschäftlichen Mittheilungen die Sitzung geschlossen.

† Karlsruhe, 3. März. 22. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 5. März, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern (mit Ausnahme von Tit. IX, X und XI) für 1870 und 1871; Berichterstatter: Generalmajor Graf v. Sponeck. 3) Berathung des Berichts des Geh. Rathes Dr. Bluntzli über den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Schulpatronate betreffend.

#### Vermischte Nachrichten.

— Wiesbaden, 1. März. (Fr. Z.) Mit dem heutigen Tage ist das Bureau der hiesigen Kuraturs-Erhebung in Aktivität getreten und wird vom 1. April l. J. an mit der Erhebung der Taxe begonnen. Hr. F. Heyl, Schauspieler beim hiesigen Theater, welcher sich um die Kuratursangelegenheiten Wiesbadens verdient machte, ist zum Vorsteher der Kuraturs-Erhebung ernannt.

— Koblenz, 1. März. (Rhein. Z.) Das oberhalb St. Goar stehende Eis ist durchgebrochen und treibt in dichten Massen rheinabwärts, so daß die Schiffsahrt ihrer nahen Wiedereröffnung entgegensteht. Die Mosel-Dampfbote werden ihren Dienst zwischen hier und Trier Ende der Woche wieder beginnen.

— Schleiden, 28. Febr. Auch aus dem Kreise Schleiden ist am 9. d. M. an Hr. v. Döllinger eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse abgegangen. Nachdem Hr. v. Döllinger darin der Dank für sein Auftreten gegen die Unfehlbarkeit ausgesprochen wird, heißt es u. A. weiter: „Die Resultate Ihrer Forschungen, als die eines durchaus kompetenten und nur nach Wahrheit strebenden Gelehrten, finden bei uns um so mehr Anerkennung und Vertrauen, als dieselben mit dem von unseren Eltern und geistlichen Lehrern überlieferten und gelehrten Glauben vollständig übereinstimmen. Die Anregung eines neuen Dogmas, betreffend die Unfehlbarkeit des Papstes, bewegt demnach auch hier die Gemüther der Katholiken auf's schmerzlichste, weil wir nicht nur die Abweichung eines solchen von der wissenschaftlichen und traditionellen Lehre tief beklagen, sondern auch weil die traurigsten Folgen, Spaltungen, Verfolgungen und eine heftige Erschütterung der katholischen Kirche, aus dieser Aufstellung zu erwarten sein würden. Ihr männliches und gebiegenes Wort, Hr. Stiftspropst, die überzeugende Sprache, mit der Sie diesen Gegenstand behandeln, hat diese Beforgniß wesentlich gemindert.“

— Breslau, 26. Febr. Gestern kam in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten die Angelegenheit des neuen Gymnasiums und der neuen Realschule zur Sprache. Der Stadtverordnete Boune mit 15 anderen Stadtverordneten hatte in einem dringenden Antrage der Magistrat um Auskunft über die Sachlage und um Mittheilung der Vorstellung ersucht, welche der Oberbürgermeister unterm 13. Dez. an den König gerichtet hat. Der Oberbürgermeister theilte darauf den Wortlaut seiner Immediatengabe mit, aus welchem sich ergab, daß darin Nichts von den Forderungen aufgegeben war, die bezüglich der beiden Lehranstalten Seitens der städtischen Behörden gestellt sind. Ueberdies ward eine Erklärung des Magistratskollegiums verlesen, worin die Eingabe gebilligt und ihre Uebereinstimmung mit den bisherigen Forderungen anerkannt wird. Unberechtigt, sagt der Oberbürgermeister Sobrecht am Schluß der Uebersicht, welche er dann über den seit 1865 schwebenden Streit gab, war es von dem Minister, aus den verschiedenen Anträgen Das herauszunehmen, was sich gegenseitig ausschließt und was in dem Immediatengabe nicht erbeten, und empfiehlt, durch sofortige Beschlässe nicht die Möglichkeit einer Eröffnung der höhern Lehranstalten zu erschweren. Beschlossen wurde nach dem Antrage des Dr. Eisner: „In dem die Versammlung in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Magistrats vom 25. v. M. sich mit der Immediatengabe des Oberbürgermeisters vom 12. Dez. 1869 sowohl nach dem Wortlaut, als nach dem Gehalt vollständig einverstanden erklärt, sieht sie auf die betreffende Mittheilung des Oberbürgermeisters den Vorlagen des Magistrats entgegen.“

— Paris, 28. Febr. (Schw. M.) Die hiesige kunstliebende Bevölkerung ist gegenwärtig sehr in Anspruch genommen durch den großartigen Verkauf der Gemäldegalerie von San Donato. Dieselbe war in den Besitz des Fürsten Demidoff gekommen, der sie Anfangs behalten wollte. Allein die Feuerversicherungs-Gesellschaften verlangten so ungeheure Prämien, daß der Fürst um diese Summe ein eigenes Feuerwehrcorps hätte unterhalten können. Er entschloß sich daher, die Galerie der öffentlichen Versteigerung zu übergeben, wobei er übrigens gar kein schlechtes Geschäft macht. Die reichen

englischen Lords, die Krösche der Börse, überboten sich in hohen Angeboten. Das hohe Publikum zeigt dabei nicht gerade übermäßig viel Kunstsinne, die meisten steigern eben der Spur der Andern nach, und sobald ein Gemälde einen Liebhaber findet, so wird es gleich zu fabelhafter Höhe emporgetrieben. Nur schade, daß den Künstlern, so lange sie leben, diese hohen Preise nicht zu gut kommen. So wurde ein Kolombus von Delacroix um 38,000 Fr. verkauft, für den der Meister nicht 300 Fr. erhalten. Daß übrigens die gelehrten Kreise ebenfalls ziemlich schwach in der Kritik sind, hat die Gerichtsverhandlung in der Sache des berühmten Autographensammlers Chastles und die ganze französische Akademie, deren Mitglied er ist, irre zu führen mußte, und ersterem ungefähr 150,000 Fr. mit falschen Autographen abschwindelte. Bedenkt man noch, daß neben einer Anzahl von Briefen Pascals Briefe da waren, die von Maria Magdalena, Lazarus, Petrus, Judas Ischariot, Kleopatra, Vercingetorix geschrieben sein sollten, und zwar alle in französischer Sprache, so kann man sich eines Kopfschüttelns über diese fast unglaubliche Reichgläubigkeit dieser Herren nicht erwehren.

\* London, 1. März. Der des Mordes angeklagte Schweizer Spinass erschien heute vor den Schranken des Schwurgerichtes und bekannte sich schuldig, die Cecilia Aldridge getödtet zu haben. Da man ihm andeutete, die Klage laute auf Vorbedacht der That, so stellte er letzteren in Abrede und erklärte sich als nichtschuldig in dieser Hinsicht. Die Verhandlung wurde auf Morgen vertagt.

#### Badische Chronik.

Karlsruhe, 3. März. Der k. bayr. General-Musikdirektor und Hofkapellmeister a. D. Hr. Franz Lachner von München ist hier eingetroffen, um dem hiesigen Publikum in dem morgigen Orchesterkonzert seine neueste Orchesterkomposition, eine sog. Suite, vorzuführen. Er hat das Gleiche jüngst in Stuttgart und Heidelberg gethan.

Freiburg, 28. Febr. (Zitt. Journ.) Prof. Hinding in Basel, ein geborener Frankfurter, hat einen ehrenvollen Ruf an die hiesige Universität als Professor des Strafrechts an des verstorbenen v. Woringen Stelle angenommen.

Böhrenbach, 27. Febr. (Oberh. R.) Der hiesige 64 Jahre alte Bürger und Wittwer Anton Bläber ging in der Nacht vom 20. auf den 21. d. M. in etwas angetrunkenem Zustande von hier ab nach seiner 1/4 Meile von hier, hierher gehörigen, im Zinten Schwanenbach gelegenen Wohnung. Der Weg führte über einen hohen Berg und die Winterbahn dortin wird immer nur für Fußgänger geöffnet. Einer seiner Söhne begleitete ihn bis außerhalb Böhrenbach; Bläber kam nicht nach Hause und Niemand konnte von ihm Auskunft geben. Das plötzliche Verschwinden dieses Mannes war das Tagesgespräch dahier. Heute, wo warme Sonnenstrahlen das weiße Gewand der Erde durchlöcherten, kamen Körpertheile des Unglücklichen zum Vorschein; er lag kaum 20 Schritte, etwas vom Wege ab, bei den äußersten Wohnungen unseres geschlossenen Ortes. Nach dem Stande des Körpers sieht zu vermuthen, daß Bläber, nachdem sein Sohn von ihm zurückgegangen war, sich niedergesetzt, eingeschlafen, beim starken Schneeeisfuß am Montag den 21. d. M. früh unbemerkt zugebeut und erstoren sei.

Δ Von der Schweizer Grenze, 2. März. Die auf dem k. k. k. Konzil zu Tage tretenden ultramontanen Tendenzen finden in der Schweiz den lebhaftesten Widerspruch und schon ist die Frage aufgetaucht, ob nicht die Regierungen die schweizerischen Bischöfe von Rom abberufen sollten. Ganz besonders wendet sich der Bedruch gegen den Bischof von Solothurn, der sich durch die öffentliche Meinung neulich gezwungen sah, das berückigte Lehrbuch des Jesuiten Gury im Priesterseminar abzuschaffen, aber dafür ein anderes von zum Theil nicht minder schmutzigem Inhalt einführte. Jetzt hat er ein Fastenmandat erlassen, welches die Flamme noch schürt. Die Schweizer Blätter geben der allgemeinen Unzufriedenheit in der Schweiz Ausdruck. So verlangt z. B. die „N. Zürich. Z.“, die Regierungen, die sich auf eine liberale Mehrheit des Volkes stützen, sollten auf die Haltung des Bischofs mit einem Veto antworten. „Ein wirkliches Veto“ fährt der Verfasser fort — „süß ich nicht in einer Rückberufung, sondern einfach in der Sistierung aller Beiträge an das Seminar und den bischöflichen Hof und Haushalt, um auf diese Weise wenigstens zu zeigen, daß die Republik nicht Geld hingibt, um Männer zu füttern, welche auf dem heiligsten Gebiete des Glaubens, in den Beziehungen zwischen Gott und dem Menschen an die Stelle der Freiheit, des Glaubens und der Liebe eine indische Despotie aufbauen helfen, welche aus dem ersten unter den Bischöfen einen Halbgoth schaffen und unter Androhung der ewigen Verdammniß Republikaner zwingen wollen, an einen solchen Halbgoth zu glauben. Hoffentlich wird Bern, so glaubt man hier wenigstens vielseitig, in dieser Frage die Initiative ergreifen.“

\* Göttingen, 1. März. Bei der heute hier stattgefundenen Ziehung der Bukarester Prämien-Anleihe wurden die folgenden Serien gezogen: 228, 385, 406, 612, 758, 779, 1041, 1079, 1087, 1092, 1588, 1636, 2280, 2300, 2425, 2598, 2687, 2688, 3074, 3236, 3420, 3702, 4040, 4193, 4367, 4668, 4671, 5047, 5184, 5339, 5365, 5393, 5609, 5647, 5678, 5960, 6034, 6082, 6134, 6399, 6645, 6820, 6890, 6975, 7085, 7142, 7252, 7353, 7473. 50,000 Franken fielen auf Nr. 15 der Serie 779, 10,000 Fr. auf Nr. 49 der Serie 1079, 5000 Fr. auf Nr. 73 der Serie 5047.

Frankfurt, 3. März, Nachm. Dester. Kreditaktien 262 1/2, Staatsbahn-Aktien 369 1/2, Silberrente 58 1/2, 1860r Loose 79 1/2, Amerikaner 95 3/8.

#### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

2. März.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 9,5''	+ 2,3	0,90	D.	bewölkt	gelind, Thau
Morg. 2 „	27° 8,4''	+ 11,2	0,59	D.R.D.	„	Sonnensch, warm
Nachm. 9 „	27° 7,4''	+ 6,0	0,93	D.	„	„

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Freitag 4. März. 4. Abonnementskonzert des Großh. Hoforchesters im großen Museumsaal. Anfang 7 Uhr.

